

## Eine überparteiliche Podiumsdiskussion zum Thema Grundeinkommen im Wedding **Recht auf Leben bedeutet: Recht auf Grundeinkommen**

*Ein Bericht von Werner Schulten*

Mehr als 50 Interessierte fanden sich am 21. Juni im Haus der Jugend ein, um an einer vom LinksTreff organisierten Podiumsdiskussion mit dem Thema „Grundeinkommen statt Hartz IV“ teilzunehmen.



(Bild)

Auf dem Bild sind von links zu sehen: Wirtschaftswissenschaftler Dr. Herbert Wilkens, der Publizist Prof. Dr. Harry Nick, Moderatorin Susanne Götze, Ronald Blaschke als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Katja Kipping MdB, Jenna Kowalski von der Grünen Jugend und der Unternehmer Günter Sölken als Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen.

Günter Sölken machte die Angst der Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und dem damit verbundenen Absturz ins Bodenlose als Ursache für weit verbreitete fehlende Motivation vieler Mitarbeiter aus. Und darin sehe er einen, nach seiner Meinung sehr wichtigen Aspekt für ein Grundeinkommen: „Wir brauchen ein Grundeinkommen, damit die Leute keine Angst haben, ihren Job zu verlieren. Sie müssen sich sicher sein, dass sie weich fallen. Sie müssen bereits bei der Bewerbung in der Lage sein, mit ihrem Chef auf Augenhöhe zu verhandeln. Und zu meinen Bedingungen mag es zum Beispiel gehören, zu sagen: Ich mache keine unbezahlten Überstunden. Und ich bin auch nicht bereit, bei Ihnen 40 Stunden zu arbeiten. Denn ich will mich auch um meine Familie kümmern. Deshalb sage ich, für 30 Stunden die Woche können Sie mich haben, aber nicht mehr.“ Als weiteren Aspekt führte Sölken an, dass es nach seiner Überzeugung jede Menge Unternehmensgründungen geben werde, da vor allem junge Leute sich zusammen tun und das berühmte Unternehmen in der Garage gründen würden, um ihre Ideen zu verwirklichen. Dies ist bei einem Grundeinkommen in Höhe von etwa 1000 Euro möglich, weil die Existenz gesichert ist und so angst- und repressionsfrei gearbeitet werden kann.

Die Moderatorin Susanne Götze hielt Professor Harry Nick Zitate aus seiner Wirtschaftskolumne vor. So die These, dass diese Entwicklung zu einer Abwertung der Arbeit und Aufwertung der Freizeit führe. Wer das Recht auf Faulheit in Anspruch nähme, lebe wie ein Kapitaleigner von den Früchten der Arbeit Anderer.

Die Antwort des vermeintlichen Grundeinkommensgegners überraschte nicht wenige. „Es gibt ja eine gewisse Hierarchie in den Grundrechten. Und das erste, das oberste Recht ist ja zweifellos das Recht auf Leben. In einer Geldwirtschaft heißt das: Es ist das Recht auf ein Grundeinkommen.

Und, ja, wer meint, er möchte ein anderes Leben führen, ein Leben ohne Arbeit, der muss auch dieses Recht haben. Ich verteidige durchaus das Recht auf Faulheit, wenn man so will. Er muss sich aber klar sein: Wenn du arbeiten kannst, aber nicht willst, dann lebst du auf Kosten Anderer. Das sollte er wissen und sich jeden Tag vorhalten. Aber ja, das Recht muss er haben, so zu leben. Und wer das so heftig bestreitet und von Ausbeutung spricht, dem muss ich sagen: Es gibt andere Formen der Ausbeutung. Was ist denn mit dem, der ein Vermögen aufgehäuft bekommen hat, für dessen Ansammlung der Durchschnittsverdiener in der Bundesrepublik mehr als Hunderttausend Jahre arbeiten müsste. Der homo sapiens ist 30- oder 40tausend Jahre alt. Also, das ist mit Leistung und Sparen nicht zu schaffen.

Wenn die Gesellschaft sich außerstande sieht, allen, die arbeiten können und wollen, Arbeit auch zu geben, dann soll sie doch denen, die aus ihrer besonderen Lebenssicht und Lebensplanung arbeiten wollen, die Arbeit geben. Aber, der nicht arbeiten will, soll natürlich auch weniger haben, als der, der arbeitet. Und deshalb sollte ein Einkommen unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen.“  
Hierbei verkennt Harry Nick allerdings, dass ja auch der Erwerbstätige das Grundeinkommen zu seinem Lohn erhält und hierdurch automatisch über mehr Geld verfügt.

Ronald Blaschke, der wissenschaftliche Mitarbeiter der stellvertretenden Parteivorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping, bestätigte zunächst Harry Nicks Unverständnis über die Aufgeregtheit in der allgemeinen Debatte übers Grundeinkommen und forderte eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Innerhalb der Bundestagsfraktion der LINKEN seien die Mehrheitsverhältnisse äußerst knapp, aber es sei in dieser Legislaturperiode nicht mit einer Mehrheit fürs Grundeinkommen zu rechnen. Ganz wichtig aber sei die Programmdebatte im nächsten Jahr, die letztlich entscheide, ob sich DIE LINKE in nächster Zeit klar zu einem Grundeinkommen bekennen wird.

Er plädierte für eine Art Dreisäulensystem: Grundeinkommen in ausreichender Höhe, Mindestlohn von acht+ in Richtung zehn und eine staatliche Arbeitszeitpolitik zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Zur Gerechtigkeitsfrage, zu der letztlich auch die von Harry Nick eingebrachte These gehört, dass derjenige, der nicht arbeiten wolle, auf Kosten Anderer leben würde, stellte Ronald Blaschke die Gegenfrage: Ist es gerecht, wenn Einzelne von überliefertem Wissen profitieren? Ist dies nicht vielmehr ein Allgemeingut der Menschen, von dem auch alle Menschen profitieren sollten?

Jenna Kowalski, Sprecherin der Grünen Jugend Berlin erklärte, dass die Grüne Jugend sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro ausspricht und begrüßte ausdrücklich die Tatsache, dass die inzwischen in allen Parteien und gesellschaftspolitischen Organisationen geführte Grundeinkommensdebatte jetzt auch über Parteigrenzen hinweg geführt würde, wie diese Podiumsdiskussion zeige.

Sie verwies auf die unterschiedlichen Konzepte. So würden in CDU und FDP Modelle diskutiert, wonach es ein geringes Grundeinkommen gibt und dafür der Wohlfahrtsstaat mehr oder weniger abgebaut wird. Sehr zur sachlich auf hohem Niveau geführten Diskussion trug ihre offene Art der Hinterfragung der eigenen Position bei. So gäbe es noch sehr viele Aspekte, die auf breiter Basis diskutiert werden müssten, wie zum Beispiel die Frage: Was ist mit den Jugendlichen, die nicht gleich eine Ausbildungsstelle erhalten. (In den beiden letzten Jahren seien dies rund 50 Prozent gewesen.) Ist es gut, diesen jungen Menschen gleich 800 Euro in die Hand zu geben? Besteht da nicht die Gefahr, dass sie zur Bequemlichkeit verleitet werden und dadurch vor einem sozialen Absturz stehen? Günter Sölken sprach sich später dafür aus, jungen Menschen das Grundeinkommen nicht komplett in bar, sondern teilweise in Form von Bildungsgutscheinen auszuzahlen.

Herbert Wilkens sprach sich klar für eine Finanzierung durch Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie eine progressive Einkommensteuer aus, die mehr Verteilungsgerechtigkeit bedeuten würde. Er beleuchtete das Althausmodell der CDU, stellte positive und negative Aspekte dieses Modells heraus und kam zu dem Schluss, dass dies wegen zweier Aspekte zu einer Situation führen würde, in der jeder für sich selbst kämpfen müsse, nämlich der zu geringen Höhe - mit netto 600 Euro noch unter Hartz IV-Niveau - und des im Gegenzug stattfindenden kompletten Abbaus der sozialen Sicherungssysteme, einschließlich Arbeitslosengeld I. Dies würde bedeuten, dass die Starken damit natürlich kein Problem hätten, die Schwachen auf sich allein gestellt seien, und die in der Mitte zunehmend verunsichert würden und in der ständigen Angst leben müssten, ins Prekariat abzurutschen.

Einigkeit bestand in der Einschätzung dieses und anderer neoliberaler Modelle darin, dass sie als eine Art Stilllegungsprämie gedacht sind. So nach dem Motto: „Hier habt ihr ein paar Euro, setzt Euch vor die Glotze und trinkt Euer Bier, aber geht ja nicht auf die Straße.“

Auch die lebhaft geführte Diskussion mit dem Publikum zeigte, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens sehr wohl überlegt sein will und man dieses lieber ein paar Jahre später einführen solle, bevor man sich eine schwer zu schluckende Kröte einfängt.